

# MAcHtMUT

AKTUELLES AUS  
DUISBURG & BERLIN



**MAHMUT ÖZDEMİR**  
IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER

Nr. 14 - Dezember 2018



■ **Grußwort des Herausgebers**  
Seite 2

■ **Eine neue SPD wird ge-  
braucht** Seite 3

■ **Die beste Wahl für unser Eu-  
ropa: Katarina Barley** Seite 4

■ **Wir schlagen die Brücke  
zwischen Arbeit und Leben**  
Seite 6

■ **Mein Praktikum im Bundes-  
tagsbüro von Mahmut Özdemir**  
Seite 8

■ **Ein Praktikum im Wahlkreis-  
büro von Mahmut Özdemir**  
Seite 9

■ **Übersicht: Treffen mit Inte-  
ressenvertretern** Seite 11

■ **Namentliche Abstimmungen**  
Seite 12

■ **Pressemitteilungen** Seite 16

■ **Özdemir on Tour** Seite 30

■ **Duisburg in Berlin – Bericht  
von unserer Fahrt** Seite 32

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**  
Mahmut Özdemir MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. : 030 / 227 73819  
mahmut.oezdemir@bundestag.de  
www.oezdemir-fuer-duisburg.de





Liebe Leserinnen und Leser,

ein politisch ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu. Nach dem die Jamaika-Verhandlungen gescheitert sind, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den für uns und unsere Wählerschaft schwierigen Gang in eine Neuaufgabe der Großen Koalition angetreten. Trotz einer herben Niederlage bei der Bundestagswahl konnten wir in den Koalitionsverhandlungen viele für uns wichtige sozialdemokratische Anliegen durchsetzen: Der Koalitionsvertrag trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift. Seit dem leisten unsere Ministerinnen und Minister im Bundeskabinett und die SPD-Bundestagsfraktion eine solide Sacharbeit und setzen sich für ein solidarischeres und gerechteres Land ein. Und trotz der Erfolge, die wir als SPD auf Bundesebene bislang erzielen konnten – beispielhaft seien genannt: Sozialer Arbeitsmarkt, Parität bei der Krankenversicherung, Verschärfung der Mietpreisbremse, Pakt für den Rechtsstaat –, verliert die SPD weiterhin in den Umfragen.

Aber wir machen weiter, denn eine Volkspartei ist für mich eine Partei, die sich an einer Politik orientiert, die den Vielen und

nicht den Wenigen zu Gute kommt. Eine Politik, die auf Ausgleich und Chancen ausgerichtet ist und nicht auf Marktradikalität und Bestenauslese. Eine Politik, die jedem einen Hammer zum Schmieden des eigenen Glückes zur Verfügung stellt.

Sozialromantik? Vielleicht. Aber es sind genau diese tiefen Überzeugungen, die mich zur Politik gebracht haben und für die ich auch weiterhin kämpfe – ganz egal, wie es gerade um unsere Umfragewerte bestellt ist. Daran wird sich nie etwas ändern!

Richtig ist natürlich, dass wir als SPD in der Vergangenheit diesen Grundüberzeugungen nicht immer gerecht geworden sind und dass wir einige Bürgerinnen und Bürger enttäuscht haben. Zwar bin ich der Meinung, dass es gerade die Agenda 2010 war, die Deutschland vor noch schlimmeren Krisen bewahrt hat (wie wir an unseren Nachbarländern sehen können). Aber wir müssen die damals richtigen und notwendigen Reformen auch an die heutige Zeit anpassen. Wir müssen wieder dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Politik eine persönliche Chance erkennen – und wir ihnen diese auch ermöglichen: Sei es eine Chance auf einem absurden

Wohnungsmarkt, eine Chance auf dem sich radikal verändernden Arbeitsmarkt, eine Chance bei der Bildung für ein selbstbestimmtes Leben und eine Chance, Beruf und Familie miteinander vereinen zu können. Für all das trete ich ein. In den letzten Jahren und auch im kommenden Jahr 2019.

Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, möchte ich herzlich dazu einladen, dass Sie der SPD und auch mir in Zukunft gewogen bleiben und dass Sie Ihre Kritik und Ihre Anregungen weiterhin einbringen. Ich bin jederzeit für Sie ansprechbar und fordere Sie wirklich ausdrücklich dazu auf, mit mir in Kontakt zu treten. Nur gemeinsam können wir sozialdemokratische Politik verwirklichen.

Doch bis dahin wünsche ich Ihnen zunächst eine besinnliche Weihnachtszeit und einen fröhlichen Rutsch in ein gesundes Jahr 2019!

Herzlichst



Mahmut Özdemir MdB



## Eine neue SPD wird gebraucht

Gastbeitrag von Lars Klingbeil MdB, SPD-Generalsekretär



Lars Klingbeil MdB (Foto: Tobias Koch)

Es ist die Stunde der Untergangspropheten. Angetrieben von Umfragen und einzelnen Landtagswahlergebnissen prognostizieren Beobachter zum Gefühl 100. Mal das Ende der SPD, das Ende der Volksparteien insgesamt und nebenbei noch die fast sichere erste grüne Kanzlerschaft.

Klar ist: Die letzten Landtagswahlergebnisse waren eine bittere Niederlage für die SPD, aber auch für die Parteien der Großen Koalition insgesamt. Es wäre falsch, das schönzureden oder davon abzulenken. Mich interessiert vor allem, was wir besser machen können.

Bereits nach der Bundestagswahl haben wir gezeigt, dass wir uns nicht scheuen, Wahlergebnisse gründlich aufzuarbeiten.

Was wir bereits jetzt klar erkennen können: Von der Polarisierung der Gesellschaft in den letzten Jahren profitieren nicht die Volksparteien, sondern AfD und Grüne. Darüber müssen wir uns nicht nur in Hessen und Bayern Gedanken machen. Die Grünen haben es besser als die SPD geschafft, die Wechselstimmung für sich zu nutzen. Warum?

### Eine polarisierte Gesellschaft

Wir erleben eine enorme Polarisierung der Gesellschaft und damit einhergehend auch des politischen Diskurses. Ich glaube, dass die Ursachen der Polarisierung in den Entwicklungen liegen, die unseren Alltag mit immer größerer Geschwindigkeit verändert haben: Europäisierung, Globalisierung. Immer mehr unterschiedliche Familienmodelle. Die tiefgreifenden Sozial- und Wirtschaftsreformen der 2000er. Der Klimawandel. Die Digitalisierung. Die weltweiten Migrationsbewegungen. Es gibt viele Menschen, denen die Anpassung daran sehr viel abverlangt hat. Viele von ihnen haben von ihren Anstrengungen und Mühen noch nicht einmal persönlich profitiert. Sie sind erschöpft und fürchten den

Abstieg. Das ist der eine Pol unserer Gesellschaft.

Der andere Pol besteht aus denjenigen, die leichter mit Veränderungen umgehen konnten oder von ihnen sogar profitiert haben. Sie nehmen die gewaltigen Anpassungsleistungen, gar nicht als solche wahr. Sie blicken vor allem auf die Chancen der vor uns liegenden Entwicklung oder wollen noch größere Veränderungen.

Der erste Pol fühlt sich vom Angebot der Rechtspopulisten angesprochen. Auf der anderen Seite bieten vor allem die Grünen klare, häufig aber ebenfalls recht simple Wege in eine schönere Zukunft an. Nur diese beiden Parteien profitieren im Moment von der zunehmenden Polarisierung.

### Und die SPD?

Es gibt in dieser Ausgangslage eine Notwendigkeit, die Daseinsberechtigung der SPD neu zu begründen. Sie muss sich radikal verändern. Es wäre aber völlig falsch, als Reaktion auf die beschriebene Polarisierung die Ausrichtung als Volkspartei aufzugeben. Denn Volksparteien definieren sich durch den Anspruch, Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen, nicht



durch Umfrage- oder Wahlergebnisse.

Ich bin überzeugt: Es braucht eine politische Kraft, die beide Pole unserer Gesellschaft wieder näher zusammenführt. Ich glaube, die SPD kann das, weil sie in ihren besten Momenten immer den Fortschrittsdrang einer Gesellschaft so organisiert hat, dass die große Mehrheit dabei mitgenommen wurde und profitiert hat.

Dort, wo glaubwürdige, vor Ort verankerte Persönlichkeiten mit einem nachvollziehbaren Programm Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Wünschen zusammenführen und dabei behutsam, aber entschlossen in die Zukunft streben, haben sie eine Chance zu gewinnen. Das sollte Vorbild für

die zukünftige Ausrichtung der SPD sein.

### **Klare Haltung und Gestaltungswille**

Dazu gehört allerdings, dass die SPD klarmacht, wo sie hinwill. Dazu gehört auch die Ehrlichkeit, es nicht allen Recht machen zu können. Dazu gehört es, nicht jede Debatte der Regierungslogik unterzuordnen. So schwer das vielen in meiner Partei nach fast 20 Jahren Regierungsbeteiligung im Bund fällt. Sagen, was man will. Gestalten, was man kann – ohne die eigene Vision und die Haltung zu verraten.

Wenn gesellschaftliche Konflikte so aufgelöst werden, dass am Ende immer Gewinner und Verlierer übrigbleiben, sorgt das

am Ende dafür, dass unsere Gesellschaft auseinanderfällt. Mit dramatischen Folgen für alle. Keiner Partei wird es gelingen, 100% ihrer Politik durchzusetzen. Es darf in einer Demokratie nie darum gehen, andere Positionen komplett zu vernichten. Im Gegenteil: Die Kompromiss- und Konsensfähigkeit hat unser Land über Jahrzehnte stark gemacht.

Es bringt in dieser polarisierten Zeit wenig, Recht zu haben oder sich im Recht zu fühlen. Es geht darum, in dieser Gesellschaft gemeinsam Fortschritt und Zusammenhalt zu organisieren. Das geht nur mit Vision und klarer Haltung. Und dahin möchte ich die Sozialdemokratie verändern. Mit vielen, die das genauso sehen.

## **Die beste Wahl für unser Europa: Katarina Barley**

*Gastbeitrag von Martin Schulz MdB*



*Martin Schulz MdB (Foto: Martin Schulz)*

Die Europawahl im kommenden Jahr wird mehr denn je eine Schicksalswahl für unseren Kontinent. Zerstörerische Kräfte sind im Aufwind und gerade der Brexit führt uns in dramatischer Form vor Augen, dass die Gefahr, Europa könnte zerfallen, real ist. Europagegner haben Hochkonjunktur, sie gewinnen

stetig an Zuspruch. Diese Kräfte sind zwar nicht in der Mehrheit, aber sie sind laut und sie dominieren zeitweise die öffentliche und politische Debatte. Unser Kontinent steht an einem Scheideweg, kurz vor einer polarisierenden Wahl zwischen einem „für“ und einem „gegen Europa“.



Nr. 14 - Dezember 2018

# MEINE MACHtMUT



Wichtig ist, dass wir Pro-Europäer weiterhin in der Mehrheit sind. Dafür zieht die SPD in diesen Europawahlkampf! Und mit Katarina Barley haben wir für diese Wahl die beste Spitzenkandidatin nominiert.

Unsere Überzeugung ist eindeutig. Auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt es nur eine Antwort: Ein starkes Europa! Die großen und fundamentalen Fragen können selbst die größten Staaten nicht alleine beantworten: den Klimawandel, den Kampf gegen den Terrorismus, die Vermeidung von Steuerflucht oder die globale Migration. Diese Herausforderungen können wir nur gemeinsam in Europa bewältigen. Deshalb operieren die Nationalisten und Europa-Gegner in Wahrheit gegen die Interessen der Menschen, die sie vorgeben zu vertreten. Nur ein starkes Europa wird seinen Bürgerinnen und Bürger auf mittelfristige Sicht in

einer immer schneller und unübersichtlicher werdenden Welt die Freiheit, die Sicherheit und den Schutz bieten können, den sie verdienen. Nur ein starkes Europa kann die Zukunft gestalten und unser demokratisches Gesellschaftsmodell verteidigen.

Es kommt aber nicht nur darauf an, dass Europa stark ist. Es kommt auch darauf an, in was für einem Europa wir leben wollen und wie wir dieses gestalten. Wir kämpfen für ein Europa, dass nicht nur auf den gemeinsamen Markt reduziert wird. Ein Europa, das sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, sowie hohe Verbraucher- und Umweltstandards einsetzt. Ein Europa, das als weltweit einmaliges Friedensprojekt auch Inspiration für andere Regionen dieser Erde ist.

Diese europäische Idee verkörpert die Sozialdemokratie.

Diese europäische Idee verkörpert unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley. Nicht nur ihre persönliche Biografie drückt ihre europäische Überzeugung aus. Als Trierer Bundestagsabgeordnete repräsentiert sie eine der europäischsten Regionen unseres Landes. Katarina Barley wird eine leidenschaftliche Europakampagne führen – für ein sozialeres, gerechteres, besseres und zukunftsfähiges Europa. Ein Europa, in dem Internetkonzerne genauso besteuert werden, wie der Bäckermeister nebenan. Ein Europa, in dem Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Ein Europa, in dem Deutschland sich gemeinsam mit Frankreich stark engagiert, damit unser ganzer Kontinent eine neue Dynamik entwickelt. Ich bin überzeugt, dass die meisten Menschen in Deutschland solch ein Europa unterstützen. Katarina wird sich mit all ihrer Kraft für sie einsetzen. Katarina Barley ist die beste Wahl für unser Europa!



## Wir schlagen die Brücke zwischen Arbeit und Leben: Ab dem 1.1.2019 gelten Brückenteilzeit und Rückkehrrecht

*Gastbeitrag von Kerstin Tack MdB, Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales*



*Kerstin Tack MdB (Foto: SPD-Parteivorstand/Susi Knoll)*

Beim Politikerdasein gehört es mit zu den wichtigsten Aufgaben, Brücken zu bauen: Zwischen den Anliegen von Wählerschaft, Fachwelt und der Politik; zwischen den Forderungen der eigenen Fraktion und jenen des Koalitionspartners; zwischen unterschiedlichen Interessen auch innerhalb der eigenen Partei.

Mit einem weiteren, großen Brückenbauprojekt haben wir uns in diesem Herbst beschäftigt: Am 18. Oktober haben wir beschlossen, dass es für Beschäftigte ab dem 1. Januar 2019 eine Brücke zwischen der Arbeit und Familie, Ehrenamt, Weiterbildung und zurück geben wird – die sogenannte Brückenteilzeit. Als Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-

Bundestagsfraktion freue ich mich sehr darüber, dass wir damit ein sozialdemokratisches Kernanliegen umsetzen, das wir schon lange gefordert haben.

Denn die Arbeitswelt hat sich verändert: Längst nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten an einem festen Arbeitsplatz von neun Uhr morgens bis fünf Uhr Abends, und für immer mehr Menschen stellt sich die Frage danach, wie sich Arbeit und Leben unter einen Hut bringen lassen. Und treten sie beruflich kürzer, haben viele die – berechnete – Sorge, dass sie später nicht mehr zur alten Arbeitszeit zurückkehren können. Hiervon sind vor allem Frauen betroffen, die ihre Arbeitszeit reduzierten, um Kinder zu erziehen oder Familienangehörige zu pflegen. Für die Betroffenen bedeutet das nicht selten ein dauerhaft geringes Einkommen – und damit auch im Alter eine niedrige Rente.

Für uns Sozialdemokraten ist deshalb schon lange klar, dass wir die Arbeitswelt auch rechtlich modernisieren müssen. Niemand soll sich zwischen Arbeiten und Leben entscheiden müssen, beides muss gleichermaßen möglich sein. Denn wer

neben der Arbeit auch persönliche Ziele verfolgen kann, lebt gesünder und ist motivierter. Und niemand soll in eine Teilzeitfalle geraten, aus der sich später nur schwer wieder ausbrechen lässt und die mitunter auch zu Armut im Alter führt.

Mit dem Gesetz zur Brückenteilzeit und zum Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit haben wir nun ein modernes Arbeitsrecht für deutlich mehr Vereinbarkeit von Beruf, Familie und persönlicher Entwicklung geschaffen, das außerdem einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und zur Bekämpfung von Altersarmut leistet. Am 1. Januar 2019 tritt es in Kraft.

### **Drei Bestandteile hat das Gesetz:**

Erstens erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Recht darauf, ihre Arbeitszeit für einen Zeitraum von einem bis fünf Jahren zu reduzieren – und zwar ganz ohne Begründung. Voraussetzung dafür ist, dass sie in Betrieben mit über 45 Beschäftigten und schon länger als ein halbes Jahr arbeiten. Spätestens drei Monate vor Beginn der gewünschten Arbeitszeitreduzierung müssen sie einen



schriftlichen Antrag stellen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, haben die Beschäftigten einen Rechtsanspruch darauf, zur vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren.

Zweitens stärken wir die Rechte aller Teilzeitbeschäftigten, die wieder mehr arbeiten wollen: Durch die sogenannte „Beweislastumkehr“ müssen künftig nicht mehr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachweisen, dass sie für eine freie Stelle ebenso geeignet sind wie andere. Stattdessen muss der Arbeitgeber darlegen, dass der oder die Beschäftigte nicht mindestens gleich geeignet ist. So erleichtern wir auch jenen, die jetzt bereits in Teilzeit sind und gerne aufstocken möchten, den Weg in die Vollzeit.

Drittens sorgt das Gesetz für mehr Rechtssicherheit für Beschäftigte, die auf Abruf arbeiten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Abruf können

den eigenen Arbeitsumfang und damit auch das eigene Einkommen im Vorhinein bislang nur schwer abschätzen. Deshalb haben wir nun gesetzlich geregelt, dass Arbeitgeber künftig nicht mehr verlangen dürfen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Abruf mehr als 25 Prozent der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit zusätzlich arbeiten. Neben dieser Obergrenze für Arbeit auf Abruf wird es auch eine Untergrenze geben: Arbeitgeber dürfen ab dem 1. Januar 2019 nur bis zu 20 Prozent der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit weniger abrufen.

Das Gesetz zur Brückenteilzeit und zum Rückkehrrecht ist das erste große Vorhaben im Bereich Arbeit und Soziales, das wir in dieser Legislaturperiode beschlossen haben – und wir haben uns noch vieles mehr vorgenommen. Allein in diesem Jahr schieben wir neben der

Brückenteilzeit drei weitere Gesetze an: Wir stabilisieren die Rente und deckeln den Beitragssatz, führen einen sozialen Arbeitsmarkt zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ein und starten eine Qualifizierungsoffensive zur Absicherung der Beschäftigten angesichts des digitalen Wandels.

Eins ist ganz klar: In Zeiten der Veränderung, wie wir sie gerade erleben, müssen wir den Sozialstaat so stark wie möglich machen. Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Sicherheit sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen gepflegt und immer wieder erneuert werden. Voraussetzung dafür ist, dass sich Menschen auf einen leistungsstarken Sozialstaat verlassen können. Und dafür gilt es, sich einzusetzen – und auch hier immer neue und tragfähige Brücken zu bauen.



## Mein Praktikum im Bundestagsbüro von Mahmut Özdemir

*Interview mit Lena Delfs, Studentin, April/Mai 2018*

### 1. Hallo, ich bin ...

... Lena, 22 Jahre jung und derzeit Praktikantin im Bundestagsbüro von Mahmut Özdemir! Nachdem ich im März dieses Jahres mein Studium der Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen beendet habe, hat es mich Anfang April für ein sechswöchiges Praktikum in die schöne Bundeshauptstadt verschlagen. Jedoch werden meine Tage in Berlin vermutlich nicht mit Ablauf des Praktikums gezählt sein, da ich hier an der Freien Universität meinen Master in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt der internationalen Beziehungen machen möchte.

### 2. Was hat dich dazu bewegt, ein Praktikum bei Mahmut Özdemir bzw. bei einem Bundestagsabgeordneten zu machen?

In meinem ersten Studienjahr habe ich ein Praktikum bei dem Landtagsabgeordneten Frank Börner absolviert und währenddessen Mahmut kennengelernt. Damals habe ich viele Eindrücke von der Politik auf Landesebene sammeln können, im gleichen Zuge wurde verstärkt mein Interesse an der Bundespolitik geweckt. Zunächst habe

ich mich dann aber um ein Praktikum beim Auswärtigen Amt beworben und bin im vergangenen Jahr an der deutschen Botschaft in Stockholm gelandet. Dort kam ich bereits mit der Bundespolitik insofern in Berührung, als dass die Positionen der Bundesregierung durch die deutschen Vertretungen im Ausland repräsentiert werden. Schnell stand für mich fest, dass ich mein Verständnis und Wissensstand bezüglich der Politik auf Bundesebene vertiefen wollte und bewarb mich aufgrund dessen im Büro von Mahmut Özdemir. Glücklicherweise bekam ich eine Zusage und durfte sowohl einen Einblick in die Tätigkeiten eines Abgeordneten, als auch seiner Mitarbeiter erhalten. Letztere sind gerade mit Blick auf die spätere Berufswahl nach dem Abschluss des Masterstudiums wertvoll.

### 3. Welche Eindrücke hast du während deines Praktikums gesammelt?

Direkt zu Beginn meines Praktikums startete auch eine Sitzungswoche des Bundestages, auf welche eine weitere folgte. Dank der zwei Sitzungswochen in Folge konnte ich gut in den parlamentarischen Betrieb, der mir ja bereits in seinen Grundzügen aus dem Landtag bekannt

war, einsteigen. Natürlich gestaltet sich die Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppen und Ausschusssitzungen etwas spannender, aufgrund der teilweise doch prominenten Mitglieder und brisanten Themen. Highlight war bislang zweifelsohne die Vorstellung des neuen Bundesinnenministers Horst Seehofer im Innenausschuss, welchem Mahmut neben dem Sportausschuss angehört. Darüber hinaus sind die Sitzungen der Arbeitsgruppen (AGs) der SPD-Bundestagsfraktion zu den einzelnen Ausschüssen spannend, weil oftmals Sachverständige zu spezifischen Themen eingeladen werden. In der AG Sport habe ich so z. B. viel über den Deutschen Olympischen Sportbund oder die Arbeit der Nationalen Anti-Doping Agentur lernen können. Wirklich klasse ist, dass man während des Praktikums Einblicke in alle Bereiche des politischen Betriebes dank seines Abgeordneten erhalten kann. So konnte ich auch an Pressegesprächen und einer Sitzung der Fraktion teilnehmen. Um einen Überblick über das politische System zu erhalten, eignet sich solch ein Praktikum hervorragend. Die graue Theorie meines Studiums wurde nach dessen Abschluss praktisch ausgefüllt.



Was für mich persönlich auch ausgesprochen angenehm ist, ist der entspannte Umgang im Team untereinander. Zumindest im Fall der SPD kann ich durch die gesammelten Erfahrungen im Land- und Bundestag von einer kollegialen Arbeitsatmosphäre, auch mit den Abgeordneten sprechen. Es ist längst nicht so steif, formell oder hierarchisch, wie es nach außen hin vielleicht erscheinen mag – sowohl was die Kleiderwahl als auch die Kommunikation betrifft.

#### 4. Was sind deine persönlichen Interessen?

Tagespolitik und auch die Politikwissenschaft nehmen offensichtlich Raum in meinem Leben ein, aber darüber hinaus habe ich natürlich auch weitere

Interessen, die nichts mit Politik zu tun haben. In meiner Freizeit mache ich gerne Sport, an der Duisburger Winterlaufserie habe ich nicht nur einmal teilgenommen. Geige spiele ich seit meinem sechsten Lebensjahr und ein gutes Buch habe ich für die anstehenden Bahnfahrten im Alltag auch immer in der Tasche. Ansonsten bin ich bei gutem Wetter immer für einen kühlen Gerstensaft z. B. im Finkenkrug in Neudorf zu haben.

Was die berufliche Perspektive anbelangt, hat sich mein Interessenschwerpunkt im Verlaufe des Studiums auf die internationalen Beziehungen verschoben. Vor allem aber die Beachtung und der Schutz der Menschenrechte sind mir wichtig, weshalb

ich nicht nur Mitglied bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei Amnesty International bin.

#### 5. In 10 Jahren bist du ...?

... hoffentlich mit dem Studium fertig! Wobei ich nicht vorhatte, die anstehenden letzten zwei Jahre des Masterstudiums auszureizen. Was ich in zehn Jahren sein werde, weiß ich noch nicht. Aber ich hoffe, dass ich einer Tätigkeit nachgehen werde, die mich glücklich macht – unabhängig vom monatlichen Einkommen. Ausschlaggebend dafür wäre bspw. die tatsächliche Sinnhaftigkeit meiner Arbeit, welche ich z. B. im Einsatz für benachteiligte Gruppen, sei es im nationalen oder internationalen Rahmen, sehen würde.

## Ein Praktikum im Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir

*Interview mit Carolina Klimaschka, Studentin, Juni/Juli 2018*

#### 1. Eine kurze Vorstellung für unsere Leserinnen und Leser bitte:

Ich bin 25 Jahre alt und komme aus Moers. Zurzeit studiere ich „Contemporary European Studies“ in einem Joint-Master-Programm in Bath, Madrid und Siena. Ich bin überzeugte Europäerin und möchte mich deswegen nach meinem Studium, gerade

vor dem Hintergrund des wachsenden Euroskeptizismus, aktiv in die weitere Entwicklung der Europäischen Union einbringen.

#### 2. Was hat dich bewegt, ein Praktikum bei Mahmut Özdemir bzw. bei einem Bundestagsabgeordneten zu machen?

Meinen Bachelor habe ich in Betriebswirtschaft gemacht und bin

somit Quereinsteigerin im Bereich der Politikwissenschaften. Deswegen wollte ich meine Semesterferien dazu nutzen, die Arbeit einer proeuropäischen politischen Partei von der Basis an kennenzulernen. Dafür ist ein Wahlkreisbüro natürlich gut geeignet. Weil Mahmut der betreuende Abgeordnete meines Wahlkreises ist, bin ich schließlich hier in Duisburg gelandet.



### 3. Was beschäftigt dich außerhalb der Politik?

Seit ich vor zwei Jahren die Organisation TECHO in Paraguay kennengelernt und dort auch mitgearbeitet habe, fühle ich mich dieser eng verbunden. Die NGO wurde ursprünglich von chilenischen Studenten gegründet, ist aber mittlerweile in vielen lateinamerikanischen und karibischen Staaten ansässig und wird nach wie vor von der freiwilligen Arbeit tausender junger Leute vor Ort getragen. TECHO hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Ungleichheit in der Region durch nachhaltige und selbstbestimmte Gemeindeentwicklung zu bekämpfen. Dazu bietet die Organisation verschiedene Programme an, zum Beispiel baut sie Notunterkünfte, vermittelt Plätze zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und unterstützt Schülerinnen und Schüler durch Nachhilfe. Das grundlegende Prinzip hierbei ist die Zusammenarbeit zwischen jungen Freiwilligen aus der Region und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinden, mit denen TECHO zusammenarbeitet. Letztere sind stets aktiv in alle Prozesse eingebunden und entscheiden selbst, welche Projekte sie für ihre Gemeinde für sinnvoll erachten.

Wir von Gemeinsam TECHO e.V. unterstützen Deutschland aus unsere lateinamerikanischen Kolleginnen und Kollegen, indem wir Spenden sammeln, auf die Arbeit von TECHO aufmerksam machen und auch ganz allgemein über die Ungleichheit in Lateinamerika und der Karibik informieren. Ich persönlich engagiere mich dort im Bereich Fundraising.

Ansonsten nutze ich die Zeit, in der ich wieder im Lande bin, um mich mit Freunden zu treffen oder auch mal Konzerte oder Musicals zu besuchen.

### 4. Wie resümierst du deine Zeit im Duisburger Wahlkreisbüro?

In den sechs Wochen, die ich im Duisburger Wahlkreisbüro mitgearbeitet habe, konnte ich viele neue Eindrücke und Erfahrungen sammeln, da ich ein sehr breitgefächertes Aufgabenfeld hatte. So habe ich unter anderem Themen und Reden für Social Media aufbereitet, Pressemitteilungen mitverfasst und das Team bei der Beantwortung von Anfragen im Rahmen von Mahmuts Mandat unterstützt. Außerdem durfte ich Mahmut zu spannenden Außenterminen

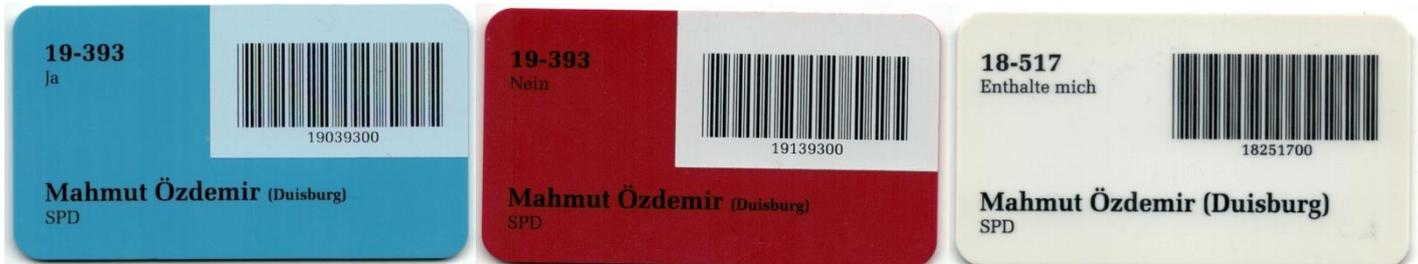
begleiten. Dabei war mein persönliches Highlight ein Termin mit dem Rumänischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland: Zunächst wurde der Botschafter im Duisburger Rathaus von Oberbürgermeister Sören Link empfangen und hat sich ins Goldene Buch der Stadt eingetragen. Anschließend ging es dann weiter in die IHK Duisburg zu einem Treffen mit IHK-Vertretern und Unternehmern aus der Region sowie Anette Kramme, der Parlamentarischen Staatssekretärin des Bundesamts für Arbeit und Soziales. Meine Aufgabe war es, zu fotografieren und relevante Themen für die mediale Nachbereitung aus den Ansprachen und Gesprächen herauszufiltern. So habe ich nicht nur viel über die Organisation und den Ablauf von Treffen hochrangiger Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelernt, sondern gleichzeitig auch einen guten Einblick in die Deutsch-Rumänischen Beziehungen erhalten. Insgesamt hatte ich durch mein Praktikum die Gelegenheit sowohl die Arbeit vor Ort im Wahlkreis kennenzulernen, als auch Mahmuts Aufgaben in Berlin aus der Ferne mit zu begleiten.



## Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir, MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

<b>07. August 2018</b>	Ibrahim Baltaci, 1. Vorsitzender, und Dr. Cordula Grüner, 2. Vorsitzende des GeBiKu e.V.
<b>03. September 2018</b>	Ulrike Sismann, Abdülkadir Sisman, Şaban Şahintürk und Yücel Güngör, SV Hamborn 1890 e.V.
<b>12. September 2018</b>	Bastian Roet, Leiter Hauptstadtrepräsentanz Vereinigung Cockpit e.V.
<b>17. September 2018</b>	Veysel Keser, Geschäftsführer AWO-Duisburg
<b>20. September 2018</b>	Serhat Cavusoglu, Kiosk- und Stehcafébesitzer „An der alten Post“
<b>01. Oktober 2018</b>	Monika Scharmach, Vorsitzende Kind im Krankenhaus e.V. - Förderverein der Kinder- und Jugendklinik HELIOS St. Johannes Klinik Duisburg-Hamborn, Dr. Peter Seiffert, Chefarzt
<b>23. Oktober 2018</b>	Uwe Kluge, Geschäftsführer Duisburg Kontor GmbH
<b>29. Oktober 2018</b>	Astrid Neese, Geschäftsführerin Agentur für Arbeit in Duisburg
<b>30. Oktober 2018</b>	Michael Vössing, Niederlassungsleiter, und Antje Gerber, Vice President Specialty Business, Venator Germany GmbH Duisburg
<b>16. November 2018</b>	Karl Hußmann, Schulleiter Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule
<b>22. November 2018</b>	Matthias von Randow, Hauptgeschäftsführer, und Sebastian Dreyer, Leiter Security, Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e.V.
<b>23. November 2018</b>	Ralph Beisel, Michael Büsing und Conrad Thätner, Flughafenverband ADV



## Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

### 18.10.2018 **Änderung des Asylgesetzes - Änderungsantrag FDP**

Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Thomae, Renata Alt, Jens Beeck, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Abgeordneten Christian Lindner, Dr. Marco Buschmann, Katrin Helling-Plahr, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes - Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten

- Drucksachen 19/957, 19/4979 und 19/5079 -

Nein

### 18.10.2018 **Änderung des Asylgesetzes - Gesetzentwurf FDP**

Gesetzentwurf der Abgeordneten Christian Lindner, Dr. Marco Buschmann, Katrin Helling-Plahr, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes - Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten

- Drucksachen 19/957 und 19/4979 -

Nein

### 18.10.2018 **Brückenteilzeit - Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen**

Änderungsantrag der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, Ullé Schauws, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts - Einführung einer Brückenteilzeit

- Drucksachen 19/3452, 19/5097 und 19/5104 -

Nein

### 18.10.2018 **Bundeswehreinsetzung zur Bekämpfung des IS-Terrors (Antrag der AfD-Fraktion)**

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Rüdiger Lucassen, Berengar Elsner von Gronow, Jens Kestner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Rückholung aller Bundeswehreinheiten aus dem Irak

- Drucksachen 19/4842 und 19/5052 -

Ja



18.10.2018	<b>Bundeswehreinsatz zur Bekämpfung des IS-Terrors (Antrag der Bundesregierung)</b>	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks</p> <p>- Drucksachen 19/4719 und 19/5051 -</p>		
18.10.2018	<b>Kindergeld für im Ausland lebende Kinder</b>	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten René Springer, Norbert Kleinwächter, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Kindergeld für im Ausland lebende Kinder indexieren - Anpassung des Kindergeldes für nicht in Deutschland lebende Kinder von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes</p> <p>- Drucksachen 19/2999 und 19/4883 -</p>		
19.10.2018	<b>Menschenrecht auf Religionsfreiheit - Antrag CDU/CSU und SPD</b>	Ja
<p>Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken</p> <p>- Drucksache 19/5041 -</p>		
19.10.2018	<b>Menschenrecht auf Religionsfreiheit - Antrag Bündnis 90/Die Grünen</b>	Nein
<p>Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Dr. Konstantin von Notz, Filiz Polat, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einsatz für Religions- und Weltanschauungsfreiheit weltweit verstärken</p> <p>- Drucksache 19/4559 -</p>		
19.10.2018	<b>Menschenrecht auf Religionsfreiheit - Beschlussempfehlung zu Antrag AfD</b>	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Braun, Dr. Anton Friesen, Verena Hartmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Christenverfolgung stoppen und sanktionieren</p> <p>- Drucksachen 19/1698 und 19/5115 -</p>		
19.10.2018	<b>Jahresmittelgrenzwert für Stickoxid</b>	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Karsten Hilse, Udo Theodor Hemmelgarn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Überprüfung der EU-NO2-Grenzwerte, die seit 2010 in deutschen Städten zur Anwendung kommen</p> <p>- Drucksachen 19/1213 und 19/5108 -</p>		
08.11.2018	<b>Gesetzliche Rentenversicherung</b>	Ja
<p>Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz)</p> <p>- Drucksachen 19/4668, 19/5412 und 19/5586 -</p>		
08.11.2018	<b>Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO</b>	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.: Zwei-Prozent Rüstungsziel der NATO ablehnen</p> <p>- Drucksachen 19/445 und 19/1033 -</p>		



08.11.2018	<b>Familientlastungsgesetz - Änderungsantrag der Fraktion der AfD</b>	Nein
<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Kay Gottschalk, Matthias Büttner, Albrecht Glaser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen</p> <p>- Drucksachen 19/4723 und 19/5583 und 19/5606 -</p>		
08.11.2018	<b>Familientlastungsgesetz - Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b>	
<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Toncar, Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen</p>		Nein
08.11.2018	<b>Umsatzsteuerausfälle - Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b>	
<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Toncar, Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften</p> <p>- Drucksachen 19/4455, 19/4858, 19/5595 und 19/5612 -</p>		
08.11.2018	<b>Umsatzsteuerausfälle - Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b>	Nein
<p>Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Toncar, Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften</p> <p>- Drucksachen 19/4455, 19/4858, 19/5595 und 19/5613 -</p>		
21.11.2018	<b>Beschlussempfehlungen zu Haushaltsgesetz 2019 - Einzelplan 04</b>	
<p>Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) - betr. Epl. 04</p> <p>- Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4624, 19/4625 und 19/4626 -</p>		Ja
23.11.2018	<b>Änderungsantrag FDP zu Haushaltsgesetz 2019 - Einzelplan 60</b>	
<p>Änderungsantrag der Fraktion der FDP zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) hier: Einzelplan 60 Allgemeine Finanzverwaltung</p> <p>- Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4623, 19/4624, 19/4625, 19/4626 und 19/5901 -</p>		Nein
23.11.2018	<b>Haushaltsgesetz 2019</b>	
<p>Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)</p> <p>- Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4601, 19/4605, bis 19/4609, 19/4611 bis 19/4613, 19/4617, 19/4620 bis 19/4626 -</p>		Ja



23.11.2018	<b>Entschließungsantrag FDP zu Haushaltsgesetz 2019</b>	Nein
<p>Entschließungsantrag der Fraktion der FDP zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) hier: Einzelplan 11 Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales</p> <p>- Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4611, 19/4624, 19/4625, 19/4626 und 19/5898 -</p>		
29.11.2018	<b>Änderung des Grundgesetzes - Bildung, Bau, Verkehr</b>	Ja
<p>Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c , 143e)</p> <p>- Drucksachen 19/3440 und 19/6144 -</p>		
29.11.2018	<b>Globaler Pakt für Migration</b>	Ja
<p>Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD: Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken und Migration besser regeln und steuern</p> <p>- Drucksache 19/6056 -</p>		
29.11.2018	<b>Steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus - Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen</b>	Nein
<p>Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus</p> <p>- Drucksachen 19/4949, 19/5417, 19/5647 Nr. 15, 19/6140 und 19/6156 -</p>		
29.11.2018	<b>Mietrechtsanpassung - Änderungsantrag Die Linke.</b>	Nein
<p>Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz - MietAnpG)</p> <p>- Drucksachen 19/4672, 19/5415, 19/5647 Nr. 13, 19/6153 -</p>		
29.11.2018	<b>Mietrechtsanpassung - Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen</b>	Nein
<p>Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz - MietAnpG)</p> <p>- Drucksachen 19/4672, 19/5415, 19/5647 Nr. 13, 19/6153 -</p>		
29.11.2018	<b>Änderung des Tierschutzgesetzes</b>	Ja
<p>Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes</p> <p>- Drucksachen 19/5522, und 19/6000 -</p>		



**30.11.2018 Globaler Pakt für Migration**

Antrag der Fraktion der AfD: Aufforderung zur Abgabe einer Protokollerklärung zur völkerrechtlichen beziehungsweise rechtlichen Unverbindlichkeit des „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“ für die Bundesrepublik Deutschland durch die deutsche Bundesregierung bei der Unterzeichnung des Paktes im Dezember in Marrakesch - Die Bundesrepublik Deutschland als „permanent objector“

- Drucksache 19/6061 -

**Nein**

## Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

### Bärbel Bas, Arno Klare und Mahmut Özdemir: Neue Planstellen für die Schleusen im Ruhrgebiet können nur der Anfang sein



*MdBs Bärbel Bas, Arno Klare und Mahmut Özdemir sprechen mit Mitarbeitern der Schleusenanlage in Duisburg-Meiderich*

Duisburg, 08.08.18 – Als einen ersten wichtigen Erfolg für die Wasserstraßen des Ruhrgebiets werten die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas, Arno Klare und Mahmut Özdemir fünf neue Planstellen für die Schleuse in Duisburg-Meiderich aus den Bundeshaushalten 2018 und 2019. Bei ihrem gestrigen Besuch der Schleusenanlage bekräftigten sie ihre Forderung nach einem verlässlichen Infrastruktur- und Maßnahmenprogramm Wasserstraße für das westdeutsche Kanalnetz.



Mit dem Bundeshaushalt 2018 wurden 25 neue Planstellen für die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes geschaffen. Bereits im Juli haben die Ruhrgebietsabgeordneten Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in einem Brief aufgefordert, bei der bundesweiten Verteilung der Verwaltungsstellen bedarfsgerecht vorzugehen und damit einen wesentlichen Anteil im Ruhrgebiet anzusiedeln.

Wie aus dem Gespräch der Abgeordneten mit Mitarbeitern und Personalrat vor Ort hervorging, sind weitere Stellen für die Region in Aussicht gestellt. „Das sind gute Nachrichten“, erklärt

Bärbel Bas, „denn ein reibungsloser Betrieb der Binnenschifffahrt ist für die Wirtschaftsleistung der Region und zur Entlastung der Straßen essentiell.“

Und auch Arno Klare betont: „Dies ist ein wichtiges Signal in Richtung Verlässlichkeit und Verbindlichkeit unseres Wasserstraßennetzes. Denn die Wasserstraße soll neben Schiene und Straße auch in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil des regionalen und internationalen Logistiksystems sein.“

Dennoch können die Planstellen für die Abgeordnete nur der Anfang sein, wie Mahmut Özdemir

erläutert: „Die Bedarfe der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung liegen tiefer. Zusätzliche Stellen zu besetzen, kann nur ein Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets sein, das die Modernisierung und Instandhaltung der Schleusen und Wehranlagen insgesamt umfasst.“

Die Ruhrgebietsabgeordneten wollen sich daher in den kommenden Haushaltsberatungen 2019 im Bundestag für die Realisierung eines Strukturprogramms Wasserstraße einsetzen, das die Finanzierung und den Betrieb der Binnenschifffahrt langfristig sicherstellt.

## Bund fördert Sport, Jugend und Kultur in den Kommunen

Berlin, 15.08.18 – Mit dem Bundeshaushalt 2018 werden erneut Investitionen in kommunale Einrichtungen für Sport, Jugend und Kultur gefördert. Die Bewerbungsfrist für die Kommunen läuft bis zum 31. August 2018.

„Die Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro stehen für Investitionen mit besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung zur Verfügung. Die Projekte sollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integra-

tion in der Kommune unterstützen“, erklären die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Bärbel Bas freut sich: „Es ist gut, dass der Bund auch in diesem Jahr das erfolgreiche Förderprogramm neu auflegt. So schaffen wir die Möglichkeit, dringend benötigte Sanierungen kommunaler Einrichtungen zu fördern.“ Mahmut Özdemir ergänzt: „Potentielle Antragsteller können in Zusammenarbeit mit der Stadt

Duisburg bis zum 31. August 2018 eine erste Projektskizze im Onlineportal des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hochladen.“ Im Rahmen des Förderprogramms wurden im letzten Jahr vier Duisburger Sportanlagen mit insgesamt 2.16 Millionen Euro durch Bundesmittel gefördert. Insgesamt sieben Sportvereine profitieren davon.

Nähere Informationen zum diesjährigen Förderprogramm können hier eingesehen werden:



<http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ZIP/kommunale-einrichtungen/2018/foerderprojekte->

2018/01-  
start.html?nn=1344628

## Ein Jahr in die USA? Jetzt noch schnell bewerben!

Duisburg, 22.08.18 – Endspurt zum 36. Parlamentarischen Partnerschafts-Programm (PPP) 2019/2020 des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses: Rund drei Wochen vor dem Bewerbungsschluss rufen die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir noch einmal zum Mitmachen auf. Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige können sich noch bis zum 14. September 2018 für ein Austauschjahr in den USA bewerben.

„Insbesondere für Auszubildende und junge Berufstätige

sind in diesem Jahr noch Plätze frei“, berichtet Bärbel Bas. Ihr Kollege Mahmut Özdemir ergänzt: „Wir möchten alle Interessierten, die zum Zeitpunkt der Ausreise im August 2019 eine anerkannte Berufsausbildung abgeschlossen haben werden und nach dem 31.07.1994 geboren sind, ermutigen, diese einmalige Chance zu ergreifen.“

Die PPP-Vollstipendien umfassen die Reise- und Programmkosten sowie die Versicherungskosten. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten leben in Gastfamilien und erleben so die US-Kultur aus erster Hand.

Schülerinnen und Schüler besuchen eine High School, Berufstätige gehen auf das College und machen anschließend ein Praktikum. Die Bundestagsabgeordneten engagieren sich als Paten für die jungen Menschen in den USA.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen können in den Wahlkreisbüros von Bärbel Bas und Mahmut Özdemir angefordert oder unter [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) eingesehen werden.



## Ein Dankeschön an das Duisburger Ehrenamt



Foto v.l.n.r.: Bruno Sagurna, Vorsitzender der Duisburger SPD-Ratsfraktion, Sabriye Aydin, Mutter von Serhat Cavusoglu, Serhat Cavusoglu, Besitzer des Kiosks „An der alten Post“, Mahmut Özdemir MdB, Kalle Franzen, Unterstützer, und Daniela Stürmann, SPD-Vorsitzende in Meiderich und Bezirksbürgermeisterin

Duisburg, 20.09.18 – Danke, Serhat Cavusoglu! Der Besitzer des Kiosks „An der alten Post“ in Duisburg-Meiderich hat heute von Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten, Bruno Sagurna, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, und Daniela Stürmann, SPD-Vorsitzende in Meiderich und Bezirksbürgermeisterin, ei-

nen Gutschein für eine politische Bildungsfahrt nach Berlin überreicht bekommen:

„Während der vergangenen Hitzewelle hat sich Herr Cavusoglu gemeinnützig um die Bewässerung der Ampelblumen entlang der ‚Von-der-Mark-Straße‘ gekümmert und damit seine freie Zeit für die Belange des Quartiers eingesetzt“, erklärt Daniela Stürmann anerkennend. Als Dankeschön für sein vorbildli-

ches nachbarschaftliches Engagement luden ihn die drei SPD-Politiker ein, im kommenden Jahr eine mehrtägige Bildungsfahrt in die deutsche Hauptstadt anzutreten.

Die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Einsatzes steht auch für Mahmut Özdemir im Fokus: „Das selbstlose nachbarschaftliche Engagement von Herrn Cavusoglu wollen wir auch stellvertretend für alle Duisburger Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler besonders würdigen – gerade in Zeiten verstärkter rechtspopulistischer und rechtsradikaler Präsenz in der Öffentlichkeit.“ Bruno Sagurna ergänzt: „Mit unserem Besuch wollen wir Serhat Cavusoglu als positives Beispiel in den Vordergrund rücken und deutlich machen, dass der gemeinnützige Einsatz in der Nachbarschaft, im Verein oder dergleichen aner kennenswert ist und einen elementaren Eckpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Duisburg und darüber hinaus bildet.“



## 100 Jahre Frauenwahlrecht: SPD-Bundestagsfraktion verleiht „Marie-Juchacz-Preis 2019“

Berlin, 21.09.18 – Die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir rufen junge Menschen und zivilgesellschaftliche Initiativen auf, sich für den „Marie-Juchacz-Preis 2019“ zu bewerben. Der Preis wird einmalig anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts in Deutschland Anfang 2019 im Deutschen Bundestag verliehen.

„Perspektiven und Interessen von Frauen werden nur dann gleichwertig berücksichtigt, wenn Frauen aktiv Politik mitgestalten“, so Mahmut Özdemir. „Die SPD-Bundestagsfraktion zeichnet daher in Form eines Kreativ- und Engagementwettbewerbs gleich zweifach innovative Konzepte und Auseinandersetzungen mit dem Thema

der politischen Gleichstellung von Frauen aus und schafft damit für dieses historische Jubiläum eine würdige Ehrung.“

Der Anlass für den „Marie-Juchacz-Preis“ sei ganz bewusst ausgewählt, erklärt Bärbel Bas: „Am 19. Februar 1919 sprach die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste Frau in einem deutschen Parlament. Über viele Jahre und gegen heftigen Widerstand hatten Frauen dafür gekämpft, wählen zu gehen. Mich beeindruckt der Einsatz der Frauen damals, er ist Ansporn, weiter für die Gleichberechtigung zu kämpfen.“ Noch immer seien deutlich weniger Abgeordnete Frauen. „Deswegen hat die SPD-Bundestagsfraktion diesen Preis ausgelobt. Wir freuen uns auf

viele Bewerbungen aus Duisburg.“

In der Kategorie Kreativwettbewerb werden Bewerberinnen und Bewerber im Alter zwischen 16 und 27 Jahren gesucht, die sich in moderner Form mit der Rede von Marie Juchacz befassen. In der Kategorie Engagementwettbewerb können sich innovative zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen bewerben, die sich gemeinnützig für die politische Gleichstellung von Männern und Frauen engagieren.

Weitere Informationen zum „Marie-Juchacz-Preis 2019“ sind unter [www.spdfraktion.de/mariejuchaczpreis](http://www.spdfraktion.de/mariejuchaczpreis) abrufbar. Einsendeschluss ist der 4. Januar 2019.



## Schulterschluss der SPD-Bundestagsfraktion mit Betriebs- und Personalräten



Mahmut Özdemir MdB mit Vertreterinnen und Vertretern der Betriebsräte von thyssenkrupp und Venator aus Duisburg

Berlin, 27.09.18 – Arbeitnehmerrechte stärken und die Zukunft der Arbeit mitgestalten: Dazu richtete auch in diesem Jahr die SPD-Bundestagsfraktion eine gemeinsame Betriebs- und Personalrätekonferenz in Berlin aus. Auf Einladung des Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir nahmen Vertreter der Beschäftigten von thyssenkrupp Steel Europe AG und Venator aus Duisburg an der Veranstaltung am Montag, 24.09.18, teil.

„Die Digitalisierung der Arbeitswelt schafft neue Anforderungen an die Beschäftigten und ist Chance und Herausforderung zugleich. Gerade für die Frage nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben kann die Digitalisierung neue Möglichkeiten eröffnen und Antworten bieten – doch diese müssen im Einklang mit den Beschäftigten und ihren Vertretern adäquat diskutiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit der jährlichen Betriebs- und Personalrätekonferenz ein wiederkehrendes Forum geschaffen,

um sich gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen über aktuelle Entwicklungen in den Betrieben auszutauschen. Mit der drastischen Beschränkung sachgrundloser Befristungen, dem Recht auf befristete Teilzeit sowie der Einführung des Instruments ‚Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt‘ hat die SPD erste wichtige Schritte in Richtung einer sozialgerechten Arbeitswelt – insbesondere im digitalen Zeitalter – realisieren können. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und die Sozialdemokratie müssen die Reihen schließen und sich weiter im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für gute Arbeit und faire Löhne einsetzen“, erklärt Mahmut Özdemir.

Unter dem Motto „Arbeitszeit – Lebenszeit“ diskutierten neben der Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Kerstin Tack MdB, auch die SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles und der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.



## Kabinett beschließt mehr Unterstützung für Weiterbildung und Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung

Berlin, 28.09.18 – Das Bundeskabinett hat in der vergangenen Woche das Qualifizierungschancengesetz beschlossen, das weitreichende Fördermöglichkeiten bei der Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine dauerhafte Senkung des Arbeitslosenbeitrags um 0,4 Prozentpunkte vorsieht. Damit werden weitere Ziele der Koalition umgesetzt.

„Der Arbeitsmarkt in Deutschland floriert und das muss auch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückgegeben werden“, beschreibt Mahmut Özdemir den Kabinettsentwurf. „Mit der dauerhaften Senkung des Beitragssatzes auf dann 2,6 Prozent und einer befristeten Senkung um weitere 0,1 Prozentpunkte bis 2022 entlasten

wir Beschäftigte und Arbeitgeber um rund sechs Milliarden Euro im Jahr.“

Zusätzlich wird die für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld maßgebliche Rahmenfrist von zwei Jahren auf nun 30 Monate erweitert. So können mehr Menschen, die in diesem Zeitraum mindestens 12 Monaten versicherungspflichtig gearbeitet haben, Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung geltend machen.

Auch Qualifizierung und Weiterbildung werden durch den Gesetzentwurf stärker gefördert, so Özdemir: „Auf dem Arbeitsmarkt werden zukünftig neue Kompetenzen und Fähigkeiten nachgefragt. Für die Sicherung unserer Fachkräfte von morgen wird eine fortlaufende Qualifizierung

und Weiterbildung zentral werden. Mit dem Qualifizierungschancengesetz von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben wir wichtige politische Rahmenbedingung geschaffen, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei diesem Prozess sozialverträglich zu begleiten und auch finanziell zu unterstützen.“

Der Entwurf sieht neben einer Förderung der Weiterbildungskosten auch einen gestaffelten Zuschuss zum Arbeitsentgelt vor, wobei besonders kleine und mittelständische Unternehmen stärker von der Förderung profitieren. Weitere Informationen zur Qualifizierungsoffensive finden Sie unter [www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Qualifizierungsoffensive/qualifizierungsoffensive.html](http://www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Qualifizierungsoffensive/qualifizierungsoffensive.html).

## FC Bundestag spendet 7.500 Euro an den Duisburger Verein „Kind im Krankenhaus“

Duisburg, 02.10.18 – Anlässlich seines Benefizturnier vom 25. September 2018 konnte der FC Bundestag, seines Zeichens die Parlamentsmannschaft des Deutschen Bundestages, insgesamt 15.000 Euro an Spenden

für den guten Zweck aufbringen. Auch eine Duisburger Einrichtung wird bedacht.

Unter den glücklichen Spendempfangern ist in diesem Jahr

auch der Verein „Kind im Krankenhaus“ aus Duisburg. Der unabhängige und gemeinnützige Verein hat sich zum Ziel gesetzt, Kindern, Jugendlichen und ihren Familien den notwendigen



Krankenhausaufenthalt in der HELIOS St. Johannes Klinik in Duisburg-Hamborn angenehmer zu gestalten.

„Die Mitwirkenden von ‚Kind im Krankenhaus‘ leisten aufopferungsvoll eine fantastische Arbeit für die Kinder und ihre Eltern im Krankenhaus. Jeder kann sich vorstellen, dass insbesondere für Kinder ein Krankenhausaufenthalt eine große Herausforderung bedeutet. Umso schöner, dass es bei uns in Duisburg den Verein ‚Kind im Krankenhaus‘ gibt, der versucht, diesen Aufenthalt so angenehm wie möglich für die kleinen Patienten zu gestalten. Daher freue ich mich sehr, dass wir dieses tolle Engagement mit 7.500 Euro unterstützen können. An dieser Stelle

natürlich auch ein herzlicher Dank an meine Mitspieler, mit denen wir gemeinsam diese Summe erspielen konnten!“, so Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den



Foto v.l.n.r.: Dr. Peter Seiffert, Chefarzt der Kinder- und Jugendklinik, Mahmut Özdemir MdB, Monika Scharmach, Vorsitzende des KiK - Kind im Krankenhaus - Fördervereins, Akshay Raj und Dogus Akcaalan

Duisburger Norden und Nordwesten und stellvertretender Kapitän des FC Bundestag, der

den Spendenscheck gestern übergeben hat.

Dr. Peter Seiffert, Chefarzt der Kinder- und Jugendklinik HELIOS St. Johannes Klinik, freut

sich sichtlich: „Es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass wir einen Vertreter in Berlin haben, der auch an die vielen hilfebedürftigen Kinder in unserem Duisburg denkt. Stellvertretend für diese Kinder bedanken sich die Vorsitzende von ‚KiK – Kind im Krankenhaus‘, Monika Scharmach, und der Chefarzt der Kinderklinik, Dr. Peter Seiffert, sehr herzlich für die Unterstützung. Ab sofort sind wir Fans vom FC Bundestag!“

## Unterstützung für das Eigenheim: Jetzt Baukindergeld beantragen!

Berlin, 04.10.18 – Die KfW und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat fördern mit dem Zuschuss den Ersterwerb von selbstgenutzten Wohnimmobilien und Wohnungen für Familien mit Kindern und Alleinerziehende mit dem

Ziel der Wohneigentumsbildung.

Mit dem Start des Baukindergeldes ist es gelungen, eine zentrale Maßnahme der Wohnrauminitiative nach intensiven Verhandlungen auf den Weg zu

bringen. Ziel ist es, gerade junge Familien mit Kindern auf dem Weg ins Eigenheim zu unterstützen.

„Das Baukindergeld ist ein wichtiges Signal der Bundesregie-



rung an die jungen Familien dieses Landes. Der Traum vom Eigenheim muss heute viel zu oft ein Traum bleiben – dabei ist gerade selbstbewohntes Eigentum ein guter Baustein für eine finanzielle Absicherung im Alter. Ich möchte daher alle potentiellen Antragsteller herzlich ermutigen, jetzt das Baukindergeld zu beantragen, um die Förderung in Anspruch nehmen zu können“, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir.

Das Baukindergeld wird flächendeckend in Deutschland bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuern-dem Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt. Der Zuschuss in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr wird über 10 Jahre ausgezahlt. Eine Familie mit einem Kind erhält somit einen Zuschuss über zehn Jahre von insgesamt 12.000 Euro. Mit jedem weiteren Kind erhöht sich der Zuschuss um 12.000 Euro. Gewährt wird das Baukindergeld

rückwirkend ab dem 1. Januar 2018. Gefördert wird dabei ausschließlich der Ersterwerb, das heißt der erstmalige Kauf oder Neubau von selbstgenutztem Wohneigentum in Deutschland. Neubauten sind förderfähig, wenn die Baugenehmigung zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31. Dezember 2020 erteilt wurde/wird.

Weiter Informationen finden Sie unter: <https://www.kfw.de/424>.

## Bas und Özdemir: Bund unterstützt Demokratieförderung in Duisburg mit mehr als 750.000 Euro

Berlin/Duisburg, 26.10.2018 – „Unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb unterstützen wir Menschen, die sich für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen. Mit dem Programm „Demokratie leben“ fördert der Bund 7 Projekte in unserer Heimatstadt. Das ist eine gute Nachricht für die Demokratie in Duisburg“, erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt seit 2015 mit

„Demokratie leben“ engagierte Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Einsatz für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander. Die 7 Projekte in Duisburg mit einer Gesamtfördersumme von 754.721 Euro bis Ende 2019 zeigen die ganze Bandbreite des Programm: von Projekten gegen Antisemitismus über Integration von jugendlichen Roma bis zum Einsatz gegen linke Militanz und einem Projekt für muslimische Frauenbildung.

Bärbel Bas und Mahmut Özdemir betonen: „Menschen- und

Demokratiefeindlichkeit hat viele Gesichter. Deshalb brauchen wir bei der Demokratieförderung und Extremismusprävention einen breiten Ansatz. Die Initiativen und Vereine leisten auch bei uns in Duisburg wertvolle Arbeit, damit wir auch zukünftig in einem demokratischen, solidarischen und weltoffenen Land zusammen leben können. Weitere Informationen zum Bundesprogramm „Demokratie leben“ finden Sie hier: <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html>.



## Innenpolitiker Mahmut Özdemir auf Nachtstreife mit der Duisburger Polizei



MdB Mahmut Özdemir und Polizeibeamter Herr Schöpe

Duisburg, 26.10.18 – In der gestrigen Nacht begleitete Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten, die Polizeistreife der Wache Duisburg-Meiderich bei ihrem Einsatz. Özdemir nutzte den Austausch mit den Polizistinnen und Polizisten, um sich

einen Eindruck von den Gegebenheiten auf der Straße und in der örtlichen Dienststelle zu machen.

„Mit meinem Besuch möchte ich meine Anerkennung für die bedeutungsvolle Arbeit der Beamtinnen und Beamten zum Ausdruck bringen. Als ordentliches Mitglied des Innenausschusses im Deutschen Bundestag bin ich seit langem mit sicherheitspolitischen Themen betraut. Mir ist wichtig, dass unsere Polizistinnen und Polizisten, die täglich mit Leib und Leben im Einsatz sind, personell und materiell so ausgestattet sind, dass sie ihre Arbeit bestmöglich und effektiv erledigen können. Das bedeutet auch, dass wir aktuelle Digitalstandards in Zeiten von Cyberkriminalität ebenso bedenken wie die physische Ausstattungen der Polizeifahrzeuge“, so Mahmut Özdemir.

In regelmäßigen Abständen sucht der Innenpolitiker daher den direkten Austausch vor Ort, um aktuelle Erkenntnisse über Bedarfe der Polizistinnen und Polizisten für seine politische Arbeit zu gewinnen.

Neben der Gewährleistung der Inneren Sicherheit sieht Özdemir einen weiteren Faktor als entscheidend an: „Innere Sicherheit kann es ohne soziale Sicherheit nicht geben. Die SPD-Bundestagsfraktion ist überzeugt, dass auch fehlende Sozialstrukturen Auslöser für Straffälligkeiten sein können. Daher betrachten wir die Kombination aus staatlichen Sozial- und Präventivmaßnahmen bei einer lückenlosen Durchsetzung unseres Rechtsstaats als gewinnbringende Formel für eine effiziente Polizeiarbeit.“



## Fast 2,2 Millionen Euro mehr für Duisburg

Berlin/Duisburg, 06.11.18 – Duisburg wird 2019 um 2.186.231,22 Euro bei der Gewerbesteuerumlage entlastet. „Bereits ein Jahr früher als vorgesehen wird der ‚Fonds Deutsche Einheit‘ getilgt, die Kommunen müssen so einen Teil ihrer erhöhten Gewerbesteuerumlage nicht zahlen“, erklären die Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Die SPD hatte angekündigt, finanzielle Spielräume zu nutzen, um die Kommunen zu unterstützen. „Durch einen Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) werden die

Städte und Gemeinden in NRW 2019 jährlich um 126 Millionen Euro entlastet“, so Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Seit 1995 werden die Kommunen in den alten Bundesländern an den Kosten der Einbeziehung der neuen Länder in den gesamtdeutschen Finanzausgleich über die erhöhte Gewerbesteuerumlage beteiligt. Diese erhöhte Gewerbesteuerumlage wird 2020 entfallen. Der „Fonds Deutsche Einheit“ war ein kreditfinanzierter Fonds zum Aufbau der neuen Bundesländer. Er wird nun ein Jahr früher als geplant getilgt. Die frei werdenden Mittel stellt der Bund den

Kommunen zur Verfügung, indem ein Teil der erhöhten Gewerbesteuerumlage bereits 2019 nicht mehr gezahlt werden muss.

„Damit kann Duisburg bereits 2019 mit einer Entlastung rechnen“, freuen sich Bärbel Bas und Mahmut Özdemir. „Wir halten Wort und helfen den Städten und Gemeinden nachhaltig. Diese Entlastung hilft den Kommunen direkt. Dass dies bereits ein Jahr früher als geplant umgesetzt wird, ist sehr zu begrüßen.“

## Bund fördert Denkmalschutz in Duisburg mit 727.000 Euro

Berlin/Duisburg, 08.11.18 – Der Bund fördert mit seinem Denkmalschutz-Sonderprogramm VII auch in diesem Jahr wieder die notwendige Sanierung Duisburger Bauwerke. Der Haushaltsausschuss hat dafür heute insgesamt 727.000 Euro freigegeben.

Die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir hatten

sich im Vorfeld für die mittelalterliche Stadtmauer, den Korakran am Innenhafen, die Rheinkirche in Duisburg-Homberg und die Gebäude des ehemaligen Ausbesserungswerkes in Duisburg-Wedau eingesetzt. Diese Projekte werden nun gefördert.

„Die Bewahrung historischer Bauwerke ist aktive Heimatpflege und wir freuen uns, dass der Bund die Kommunen bei

dieser wichtigen Aufgabe unterstützt. Als Homberger freut es mich besonders, dass sich mit den neuen Eigentümern der Rheinkirche geschäftige Architekten gefunden haben, die sich für den Gebäudeerhalt einsetzen“, so Özdemir.

Auch Duisburgs Mitte und Süden erhalten eine kräftige Unterstützung, ergänzt Bärbel Bas: „Der Korakran und die mittelalterliche Stadtmauer gehören zu



den historisch wichtigsten Wahrzeichen unserer Stadt. Die abschnittsweise Sanierung der Mauer wird bereits seit 2015 vom Bund gefördert. Darüber hinaus zählen auch die denkmalgeschützten Gebäude des ehemaligen Ausbesserungswerkes Duisburg-Wedau, die in

Zukunft von der Universität Duisburg-Essen genutzt werden sollen, zu unseren erhaltenswerten Denkmälern. Ich freue mich, dass es uns mit Hilfe unserer Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss gelungen ist, diese Förderung für Duisburg zu erhalten.“

Es entfallen 44.000 Euro auf die Stadtmauer, 116.000 Euro auf den Korakran, 167.000 Euro auf die Rheinkirche sowie 400.000 Euro auf das ehemalige Ausbesserungswerk.

## 25 Mio. Euro: Aufbruch für Duisburger Norden mit neuem Bauprogramm

Berlin/Duisburg, 08.11.18 – Der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, beschert der Stadt Duisburg mit den diesjährigen Haushaltsberatungen einen zusätzlichen Geldsegen in Höhe von 25 Millionen Euro.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in der Nacht zu Freitag den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) beschlossen. Dieser sieht auch wieder Gelder für die Weiterentwicklung der Städtebauförderung vor. Der Bund unterstützt im Rahmen des Programms die Städte, damit diese die städtebaulichen Aufgaben und Herausforderungen besser

bewältigen können. Für den Zeitraum 2019-2026 sind weitere Modellvorhaben geplant, die gemeinsam mit den begünstigten Städten realisiert werden sollen. Duisburg ist mit den Stadtteilen Hamborn und Marxloh im Duisburger Norden dabei.

„Das sind großartige Nachrichten. In vielen Gesprächen haben mir die Menschen in Hamborn und Marxloh erzählt, was getan werden muss. Ich habe das aufgenommen und in Berlin bei meinen Kolleginnen und Kollegen mit Nachdruck vorgetragen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Nach dem Grüngürtel ist dies der nächste Schritt zu mehr Lebensqualität für die Duisburgerinnen und Duisburger.

Für den Umbau dieser Stadtteile, die schöner und lebhafter werden sollen, steht ein großer Batzen Geld bereit, der für die Erneuerung von Sportflächen, gutem und schön anmutenden Wohnraum, aber auch Gewerbe und Freizeit und Begegnungsorten ausgegeben werden darf. So geht Politik aus Berlin für Duisburg! Damit löse ich ein weiteres Versprechen ein und zeige, wie man gute Regierungsarbeit leistet. Jetzt werde ich mit Hochdruck daran arbeiten, die Fachleute aus Berlin mit meinem Oberbürgermeister zusammen zu bringen, damit das Geld schnell sichtbar für die Menschen wird – in Gestalt eines aufblühenden, sich verschönernden Stadtbezirks“, erklärt Mahmut Özdemir.



## Kräftige Finanzspritze aus Berlin für die Duisburger Binnenschifffahrt

Berlin/Duisburg, 09.11.18 – Gute Nachricht für angehende Binnenschiffer und den Duisburger Hafen: Der Flachwasserfahrtsimulator SANDRA wird mit 1,6 Mio. Euro fit für die Zukunft gemacht und auch der Hafen wird bedacht. Dies hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags heute beschlossen.

Der Simulator SANDRA (Simulator for Advanced Navigation Duisburg – Research and Application) ist zentraler Bestandteil der Ausbildung angehender Binnenschiffer. Er ist am renommierten Duisburger Schiffer-Berufskolleg RHEIN angesiedelt, das mit seiner fachlichen Ausrichtung auf die Themenbereiche Schiff und Hafen bundesweit einzigartig ist. Der mittler-

weile zehn Jahre alte Flachwasserfahrtsimulator muss allerdings umfassend modernisiert werden, um die Hard- und Software auf den aktuellsten Stand zu bringen und die hohen Standards der Europäischen Kommission zu erfüllen. Für dieses Vorhaben stehen nun 1,6 Mio. Euro bereit.

Auch der Duisburger Hafen darf sich freuen: Die Digitalisierung der bi- und trimodalen Hinterland-Hubs wird mit 3,6 Mio. Euro Barmitteln direkt und mit zusätzlichen 4,3 Mio. Euro als veranschlagte Mittel für die kommenden Haushalte gefördert. Hinterland-Hubs dienen dazu, Transportladungen oder Passagiere aus einem bestimmten Umkreis des Hubs („Drehkreuz“) durch Kurzstreckentransporte zu bün-

deln, ehe sie an den weiter entfernten Zielort weitergeleitet werden.

„Die Binnenschifffahrt ist von zentraler Bedeutung für unsere Duisburger Wirtschaft – aber auch über die Region hinaus. Dass der Haushaltsausschuss Duisburg hier gleich zwei Mal mit finanziellen Mitteln bedenkt, ist ein starkes Signal. Es ist schön, dass sich unsere Hartnäckigkeit ausgezahlt hat! Das Geld wird dafür sorgen, dass die Innovationskraft und die Zukunftsfestigkeit Duisburgs weiter ausgebaut werden. Danken möchten wir unserem Haushaltskollegen Thomas Jurk, mit dem wir gemeinsam diesen tollen Erfolg erreicht haben“, erklären die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

## Sozial und fair: Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern

Berlin/Duisburg, 14.11.2018 – Im kommenden Jahr stehen den Jobcentern erheblich mehr Finanzmittel für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung. Wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach der Bereinigungssitzung

zum Bundeshaushalt 2019 mitgeteilt hat, bedeutet dies für Duisburg eine Mittelerhöhung um 7.187.310 Euro im Vergleich zu 2018.

„Das ist ein durchweg positives Signal für Duisburg und eröffnet

wichtige arbeitspolitische Handlungsspielräume für unsere Stadt“, freuen sich die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir über das Mehr an Mitteln. „Mit knapp 65 Millionen Euro erhält das Duisburger Jobcenter die



notwendigen Mittel, den von der SPD geforderten und nun beschlossenen Sozialen Arbeitsmarkt umzusetzen. Damit stärken wir aktiv die soziale Teilhabe von Menschen am Arbeitsmarkt – und auch am gesellschaftlichen Zusammenleben –, die schon sehr lange Arbeit suchen, und schaffen so mehr so-

ziale Gerechtigkeit und Solidarität in unserem Land.“

Bundesweit werden wir für den Sozialen Arbeitsmarkt etwa 4 Milliarden Euro einsetzen. Unter der Überschrift „MitArbeit“ hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein ganzheitliches Konzept zum Abbau von

Langzeitarbeitslosigkeit vorgelegt. Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter: <https://www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Sozialer-Arbeitsmarkt/sozialer-arbeitsmarkt.html>.

## Tausche Akte gegen Kinderbuch: Mahmut Özdemir liest in Duisburger Kita In den Haesen

Duisburg, 23.11.2018 – Auch in diesem Jahr hat Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten, zum Bundesweiten Vorlesetag wieder ein Buch in die Hand genommen. Unter dem Jahresmotto „Natur und Umwelt“ las der Abgeordnete am vergangenen Freitag, 16.11.2018, den Kindergartenkindern der Kita In den Haesen die mitreißende Geschichte „Der Löwe in dir“ vor.



MdB Mahmut Özdemir mit den Kindergartenkindern der Kita In den Haesen

„In Zeiten von Fernsehen, Internet und Videospielen gerät das vermeintlich veraltete Bücherlesen schnell in den Hintergrund. Auch wenn diese digitalen Angebote heut-

zutage aus unserem Alltag natürlich nicht mehr wegzudenken sind, so ist doch aus meiner Sicht der Stellenwert des Buches im Rahmen der frühkindli-

chen Bildung weiterhin unangefochten. Kindern die Lust am Lesen zu vermitteln und sie schlussendlich auch zum Lesen

zu befähigen, kann durch regelmäßiges Vorlesen erreicht werden. Daher betrachte ich es als meine politische Pflicht, an dieses Potenzial durch den jährlichen Vorlesetag zu erinnern“, begründet Mahmut Özdemir seine Teilnahme an der Leseoffensive.

Bereits zum 15. Mal riefen Die Zeit, die Stiftung Lesen und die Deutsche Bahn Stiftung zur öffentlichen Beteiligung am Vorlesetag auf. In diesem Jahr ist mit über 500.000 angemeldeten Aktionen erneut eine Vielzahl dem Aufruf gefolgt.



## Özdemir on Tour

*Eindrücke aus den Terminen des Abgeordneten Mahmut Özdemir MdB*



**09.08.2018**

SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles MdB besucht die Jubilarehrung des SPD Ortsvereins Duisburg-Homberg



**05.09.2018**

Austausch mit dem Ausbildungsbetrieb „Sentürkmarkt“ und der IHK zu Duisburg



**25.09.2018**

Benefizturnier des FC Bundestag in Berlin und Annahme des Spendenschecks für den Duisburger Verein „Kind im Krankenhaus“



**27.10.2018**

Siegerehrung zur Kaninchen Kreisschau beim Kaninchen-Zuchtverein R72 „Einigkeit“ in Walsum



**12.11.2018**

Pressternin zur Vorstellung der Tunnelvariante beim Ausbau der A 59

Foto (v.l.n.r.): Oberbürgermeister Sören Link, Mahmut Özdemir MdB, Stadtentwicklungsdezernent Carsten Tum und Merle Möhlenbeck, Stadtplanerin



**14.11.2018**

Besuch des THW-Logistikzentrums in Heiligenhaus mit MdB Helge Lindh (2.v.l.)



**16.11.2018**

Unterrichtsbesuch zum Thema „Politik und Ethik“ in der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule



**07.12.2018**

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil MdB zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Wohlstand und Arbeit in Duisburg

Foto v.l.n.r.: Veysel Keser, Geschäftsführer AWO-Duisburg, Bärbel Bas MdB, Hubertus Heil MdB, Bundesminister für Arbeit und Soziales, Mahmut Özdemir MdB und Prof. Dr. Volker Breithecker, wiss. Leiter des Kompetenzzentrums für Innovation und Unternehmensgründung der Universität Duisburg-Essen



*Mahmut Özdemir MdB mit seinen Besucherinnen und Besuchern im Reichstag*

## Politische Bildungsfahrt nach Berlin im November 2018

*von Marcel Keilwerth, persönlicher Referent im Duisburger Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir, MdB*

*Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit, politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis einen Einblick in ihre Arbeit im Bundestag zu geben.*

Zum letzten Mal in diesem Jahr sind wieder 50 politisch interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Duisburg nach Berlin gefahren, um vier spannende Tage in unserer Hauptstadt zu verbringen. Erster Stopp für die Gruppe nach der Ankunft war ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Anschluss ging es dann auf geschichtlichen Spuren weiter in die Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege - Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ im Deutschen Dom, bevor sich die Gruppe nach einem lange Tag ins ge-

meinsame Hotel verabschieden konnte.

Am Folgetag konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem Besuch des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und einem individuellen Rundgang über den Potsdamer Platz historische Orte Berlins erkunden, bevor es dann in den Bundestag zu einem Gespräch mit ihrem Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir MdB ging. Ein Besuch der Kuppel des Parlamentsgebäudes mit Blick über die Spree durfte im Anschluss natürlich nicht fehlen. Abgerundet wurde der Tag für die Gruppe durch eine

abendliche Führung im Bundeskanzleramt.

Der dritte Tag hielt für die Reisenden ein Informationsgespräch beim Bundesnachrichtendienst sowie eine traditionelle Stadtrundfahrt durch Berlin bereit, die bekannte und unbekannt Informationen über unsere geschichtsträchtige Hauptstadt zu Tage brachte.

Die obligatorische Führung durch die SPD-Parteizentrale, dem Willy-Brandt-Haus, stand am Abreisetag noch auf dem Programm. Danach ging es dann wieder mit gepackten Koffern und vielen neuen Erinnerungen und Eindrücken zurück in die Duisburger Heimat.